

## Betreiber reizen Abfallverbrennung bis zum Grenzwert aus

Karsten Döhler berichtet aus  
Brunsbüttel/Steinburg

In Brunsbüttel gehen die Planungen für Kraftwerksneubauten mit deutlichen Schritten weiter. Während Bauausschuss und Ratsversammlung der Stadt sich in verschiedenen Sitzungen mit dem Bebauungsplan Nr. 56 als Voraussetzung für das 1.600 MW Kohlekraftwerk der Firma Südwest-Strom beschäftigten und diesen letztendlich mit den Stimmen von CDU und SPD als bedingungslosen Kraftwerksbefürwortern beschlossen haben, begann zeitgleich das Erörterungsverfahren für das Industrieheizkraftwerk (IHKW) auf dem Bayer-Gelände. Etliche Leute, die zumeist Einwendungen gegen die Anlage zur Verbrennung von Müll und Wärmeerzeugung für Bayer erhoben hatten, kamen mit vollen gelben Müllsäcken. In denen waren Schadstoffe in Form von mit den Schadstoffnamen beschrifteten Luftballons, eine symbolische „Erstausrüstung“ für das beantragte IHKW-Kraftwerk. Das Staatliche Umweltamt (StUA), Itzehoe, als Genehmigungsbehörde begann am Dienstag mit der Erörterung der Einwendun-

gen gegen das Kraftwerk und der entsprechenden Stellungnahme der antragstellenden Betreiberfirma GWE. Über 3.000 Einwendungen, 2.968 auf Listen sowie 56 individuelle, teils umfangreiche Einwendungen wurden gegen die Planung eingebracht und nun erörtert. „Das geplante Vorhaben ist genehmigungsbedürftig nach Bundes-Immissionschutzgesetz (BimSchG). Wir beteiligen hier Öffentlichkeit und Träger öffentlicher Belange wie Behörden und Verbände und erteilen – oder verweigern – anschließend nach abschließender Prüfung und Bewertung die Genehmigung für das IHKW“, sagte Dr. Gisela Holzgraefe, Leiterin des StUA. Nach Antragserläuterung durch den Betreiber, die Investitionsgesellschaft GWE, folgte die fachliche Erörterung. Am Ende des ersten Tages waren dann immerhin drei von acht Seiten der Tagesordnung besprochen. Am Mittwoch wurde die Erörterung fortgesetzt, ob am Donnerstag das Ende der Diskussion erreicht wird, ist völlig offen. Die Einwender präsentierten sich und ihre Bedenken mit einigen hoch qualifizierten Fachleuten: Der

Physiker Dr. Arne Firjahn als direkt betroffener Einwohner Nortorfs, Dr. Karsten Hinrichsen aus Brokdorf, Hanne Schwonberg aus Brunsbüttel, Stefan Klose aus Wewelsfleth, und viele andere mehr. Sie wurden durch eine von der Bürgerinitiative BiGuKU engagierte Juristin, einen von den betroffenen Landwirten mitgebrachten Rechtsbeistand und Ingo Gödecke, Fachmann in derartigen Genehmigungsverfahren für den BUND, unterstützt. „Fehlender Bebauungsplan“, während solche Pläne für die Kohlekraftwerke derzeit aufgestellt werden, argumentierten die Gegner. „Brauchen wir nicht, das reicht auch so, nur mit Flächennutzungsplan und im Außenbereich“, argumentierten die Betreiber. „Gar nicht genug Müll verfügbar, der muss von sonstwoher oder aus Nepal importiert werden, eine Kontrolle auf Schadstoffe wird unmöglich“, meinten die Gegner – „Das lassen Sie mal unsere Sorge sein!“ reagierten die Betreiber – sinngemäß – und wörtlich: „Woher der Brennstoff kommt, ist nicht relevant.“ Quecksilber und Dioxin aus dem Schornstein,

dazu weitere Stickstoffbelastung von Luft, Wasser und Boden durch Einsatz von Ammoniak im Filterverfahren, sind nur einige der teils hochgiftigen Schadstoffe, die zu erwarten sind. Diese Stoffe werden unbestritten in die Luft gepustet, gestritten wird über die zulässige Menge. Etwas Besseres als die laschen gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte einzuhalten, mögen die Betreiber nicht zusagen. Sie ziehen sich bei Kritikpunkten jeweils auf „nach BimSchG reicht das aus“ auf Mindestanforderungen zurück. Und Kritik gibt es an vielen Punkten. „Schönrechnerei, falsche Ansätze, nicht die versprochene ‚Best-verfügbare-Technik‘“, ertönt es von den Einwendern. Durch Definition vom Antragsteller GWE wird aus dem Brennstoff „Müll“ flugs „ungefährlicher Abfall bzw. Ersatzbrennstoff“ und schon besteht keine behördliche Meldepflicht mehr, auch bei der vorgesehenen Verbrennung von Elektronikschrott mit all seinen Giftstoffen und ähnlichem. Die beantragten Schadstoffgrenzen liegen bis 8-fach höher als selbst von der „Interessengemeinschaft Ersatzbrennstoffe“, einem In-

dustrieverband, empfohlen. Die Erörterung war zäh, aber sachlich, nur gelegentlich lagen die Nerven auf beiden Seiten blank und wurde der Ton deutlich schärfer, gab es beiderseits Vorwürfe. Das StUA hört über mehrere Verhandlungstage die Einwender und ihre Bedenken einerseits, die Argumente der Antragsteller und Betreiber andererseits und zudem die Äußerungen der Verbände und Fachbehörden, insgesamt rund 30 Fachleute bzw. Sprecher. „Nach Abschluss der Erörterung haben wir innerhalb von 7 Monaten über die Genehmigung



Streiten für die Einwender gegen das IHKW: Dr. Arne Firjahn, Ingo Gödecke, Dr. Karsten Hinrichsen

und eventuelle Auflagen zu entscheiden. Eine schwere Aufgabe, bei der alle vorgebrachten Argumente berücksichtigt werden müssen“, wie Herr Helmig vom StUA betont. Die Wunschergebnisse sind für Antragsteller und Gegner grundverschieden. Hoffen wir auf das Beste – für uns und unsere Region.